„Zuwanderung ist ein Segen“

Beschäftigung Sozialministerin Andrea Nahles, 45, will den deutschen Arbeitsmarkt für Migranten vom Westbalkan öffnen.

Ministerin Nahles: „Das treibt den Mitarbeitern den Schweiß auf die Stirn“

FOTO: CHRISTIAN THIEL

SPIEGEL: Frau Nahles, in diesen Wochen hat sich die Bundeskanzlerin beim Besuch eines Flüchtlingsheims fotografieren lassen, genauso der Wirtschaftsminister, der Innenminister und der Gesundheitsminister. Warum haben Sie noch keines besucht?

Nahles: Sie täuschen sich. Selbstverständlich habe ich schon vor Monaten ein Flüchtlingsheim besucht – und zwar das Aufnahmelager in Trier, in dem es so eng ist, dass die Betten auf dem Gang standen. Nur hat das kaum einen interessiert, weil alle gedacht haben, die Arbeitsministerin hätte mit dem Thema nichts zu tun. Das ist natürlich ein Irrtum, weil Flüchtlinge, wenn ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist, bestmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen oder Hartz-IV-Leistungen erhalten.

SPIEGEL: Mit ihren Besuchen wollten die Politiker ein Zeichen setzen gegen ausländerfeindliche Übergriffe, die es nicht zuletzt in den neuen Bundesländern gab. Haben Sie dafür eine Erklärung?

Nahles: Es handelt sich zunehmend um organisierten Fremdenhass. Das haben wir schon mit Pegida erlebt: Da fahren Menschen in Bussen durchs Land und machen Stunk. Das ist beschämend. Dagegen müssen wir klar Stellung beziehen. Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit zu zeigen, dass Integration funktionieren kann.

SPIEGEL: Das wird nicht leicht bei einem Zustrom von voraussichtlich 800 000 Flüchtlingen in diesem Jahr. Ist das zu schaffen?

Nahles: Gleich, wie viele es am Ende genau sein werden: Die Menschen, die sich oft aus Bürgerkriegen und über große Distanzen zu uns gerettet haben, sind bei allen akuten Problemen auch ein großer Gewinn. Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels ist die Zuwanderung ein Segen, auch wenn sie derzeit ungeplant verläuft.

SPIEGEL: Vorausgesetzt, die Zuwanderer finden Arbeit. Wie viele der Flüchtlinge, die dauerhaft hier bleiben werden, haben die Chance auf einen Job?

Nahles: Alle, die wollen. Aber das wird dauern, so realistisch muss man sein. Viele Flüchtlinge werden für längere Zeit auf die Vermittler der Bundesagentur für Arbeit und die Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein. Mein Ziel ist es, möglichst viele von ihnen schnell in Lohn und Brot zu bringen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, das den Mitarbeitern der Agenturen den Schweiß auf die Stirn treibt, aber es ist zu schaffen.

SPIEGEL: Im Umkehrschluss bedeutet das, dass viele Zuwanderer erst einmal die Arbeitslosenzahlen erhöhen dürften. Das schmälert Ihre Bilanz als Ministerin.

Nahles: Erstens wäre das angesichts der dramatischen Lage eine sehr bösartige Bewertung, und zweitens wäre es mir egal. Hier kommen Menschen zu uns, die eine für sie selbst und ihre Kinder lebensgefährliche Flucht hinter sich haben. Wenn ich nicht alles in meiner Macht Stehende tun würde, um ihnen zu helfen, dann würde ich mich schämen. Es wird sich auf die Statistik niederschlagen, das ist sicher, aber wir haben derzeit mit rund 600 000 die höchste Zahl an offenen Arbeitsstellen, die es jemals in Deutschland gab. Das ist schon einmal eine sehr gute Ausgangslage.

SPIEGEL: Lässt sich denn jeder Flüchtling so einfach vermitteln?

Animation:
Die Akte Nahles

spiegel.de/sp372015nahles
oder in der App DER SPIEGEL

Nahles: Nahezu alle Flüchtlinge eint, dass sie motiviert, leistungswillig und voller Tatendrang sind. Wir wissen aber definitiv zu wenig über ihren Bildungsstand. Nach den ersten Erfahrungen müssen wir sagen: Der vielbeschriebene syrische Arzt ist nicht der Standardflüchtling. Viele haben in ihrer Heimat einen Beruf gelernt. Aber sie besitzen keine formale Qualifikation mit dem Stempel einer deutschen Handwerkskammer. Und viele haben nur eine geringe oder gar keine Ausbildung.

SPIEGEL: Wie kann es gelingen, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Nahles: Wir haben kürzlich eines unserer Modellprojekte ausgewertet. Dabei hat sich gezeigt: Von 850 Flüchtlingen konnten wir lediglich 65 direkt ohne weitere Maßnahmen vermitteln, 13 davon in Ausbildung. Oft ist der Erwerb von Sprachkenntnissen erst mal das Wichtigste, und dann die Qualifikationsangebote. Das ist eine riesige Aufgabe. Genau hier werden wir ansetzen. Wir

wollen bis zum nächsten Januar dafür sorgen, dass die Mitarbeiter der Arbeitsagenturen bundesweit in die Erstaufnahmen gehen, um sich ein Bild vom Qualifikationsprofil der Flüchtlinge zu machen. Das sogenannte Early-Intervention-Programm läuft bereits in neun Städten, und jetzt werden wir es bundesweit ausrollen.

SPIEGEL: Die Jobcenter sind doch schon heute überlastet, es fehlt an Geld, Personal und Räumen. Wie wollen Sie das schaffen?

Nahles: Ich bin da nicht so skeptisch. Seit Monaten schult die Bundesagentur ihr Personal, zugleich müssen wir zusätzliche Leute an Bord nehmen, vor allem erst mal Dolmetscher. Bei den berufsbezogenen Sprachkursen rechne ich mit einer Verdopplung der Plätze für das kommende Jahr auf dann 100 000. Dafür versuche ich gerade mehr Mittel zu bekommen.

SPIEGEL: Dabei haben Sie ein Problem: Sie sind auf Finanzminister Wolfgang Schäuble angewiesen, der Ihnen ein paar Milliarden Euro zusätzlich überweisen muss.

Nahles: Nach den Gesprächen mit Wolfgang Schäuble bin ich sicher, dass die erforderlichen Mittel auch bereitgestellt werden. Ich rechne damit, dass wir im nächsten Jahr etwa bis zu 3,3 Milliarden Euro zusätzlich für berufsbezogene Sprachkurse, Eingliederung und passive Leistungen benötigen. Das sind geschätzte Werte. Ich weiß nicht, wie viele Flüchtlinge schließlich anerkannt werden und wie viele Familienmitglieder später nachziehen.

SPIEGEL: Jeder Flüchtling, der Arbeit findet, entlastet den Sozialstaat. Aber er stößt oft auf Hindernisse wie die Vorrangprüfung. Eine Stelle darf er nur dann antreten, wenn sich für den Job kein Bewerber aus Deutschland oder einem anderen EU-Land findet. Ist das noch zeitgemäß?

Nahles: Ich bin nicht dafür, die Vorrangprüfung grundsätzlich abzuschaffen. Sie hat Gründe: Es gibt immer noch 240 000 junge Leute, die nicht ins Arbeitsleben finden, und eine Million Langzeitarbeitslose. Die dürfen wir nicht vergessen. Aber dort, wo unnötige Hürden sind, sollten wir die Prüfung aussetzen. Nach drei Monaten Aufenthalt kann ich mir eine befristete Aussetzung der Vorrangprüfung für die Dauer von drei Jahren gut vorstellen. Das setzt auch Kapazitäten bei der Bundesagentur frei für andere drängende Aufgaben.

SPIEGEL: Die Vorrangprüfung stammt aus einer Zeit, in der man Zuwanderung begrenzen wollte. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Ist es nicht Zeit, die Philosophie der Abschottung zu beenden?

Nahles: Ab Mitte der Achtzigerjahre durften Asylbewerber fünf Jahre lang nicht arbeiten. Das muss man sich mal vorstellen! Seitdem hat das Land Schritt für Schritt anerkannt, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind und Arbeit der beste Schlüssel für Integration ist. Inzwischen sind wir das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt, nach den USA. Wir brauchen ein transparentes, logisches Einwanderungsgesetz. Durch die Fülle der Regelungen blickt heute fast niemand mehr durch. Vor allem müssen wir deutlich machen, dass wir kein Gnadenrecht gewähren, sondern dass Zuwanderung auch in unserem eigenen Interesse liegt.

SPIEGEL: Die meisten Zuwanderer aus Drittstaaten haben einen Asylantrag gestellt oder sind als Familienangehörige nachgezogen. Eine große Zahl von ihnen sucht aber eine berufliche Perspektive. Wäre es nicht klüger, ihnen direkt eine Chance zu geben?

Nahles: Wir diskutieren gerade, einige Länder als sichere Drittstaaten zu deklarieren, um die Zahl der Asylbewerber aus diesen Staaten zu begrenzen. Das geht aber nur, wenn wir parallel legale Möglichkeiten zur Arbeitsmigration schaffen.

SPIEGEL: Was haben Sie vor?

Nahles: Es kann nicht sein, dass wir mit Ländern wie Bosnien-Herzegowina oder Montenegro über die Anwartschaft zur EU-Mitgliedschaft reden, aber die Menschen aus diesen Staaten zugleich nur über das Asylrecht nach Deutschland kommen. Das ist der falsche Weg und belastet die Asylverfahren. Wir müssen ein festes Kontingent von Arbeitsbewilligungen für die Staatsangehörigen aller sechs Westbalkanstaaten schaffen. Für die Dauer von fünf Jahren sollten jährlich insgesamt 20 000 Beschäftigte kommen können unabhängig von der Qualifikation, um hier zu arbeiten oder eine Ausbildung aufzunehmen. Das wäre eine Mög-

FOTOS: HENNING SCHACHT / ACTION PRESS (U.); SPIEGEL TV (R.)

Bedrohte Null

Regierung Die Kosten der Flüchtlingskrise stellen zentrale Vorhaben der Union infrage.

Das Engagement der Deutschen für die Flüchtlinge ist groß, deshalb mag derzeit kaum ein Politiker über Geld streiten. Doch die Kalkulationen der Finanzministerien von Bund und Ländern zeigen: Die Versorgung der bis zu 800 000 Menschen, die dieses Jahr nach Deutschland kommen, werden die öffentlichen Haushalte erheblich belasten.

Konsequenz: Ein zentrales Projekt der Union, die sogenannte schwarze Null, ist für 2016 gefährdet. In der Klausurtagung der Unionsfraktionsspitze sprach Angela Merkel von künftigen jährlichen Mehrkosten in zweistelliger Milliardenhöhe für die öffentlichen Kassen. Für den Bund wird ein Großteil im Haus von Sozialministerin Andrea Nahles anfallen. Dort kalkuliert man für Kurse und Hartz-IV-Leistungen für anerkannte Flüchtlinge mit bis zu 3,3 Milliarden Euro zusätzlich im Jahr 2016.

Teils entgehen dem Bund durch die Flüchtlingskrise auch Einnahmen, etwa wenn die bundeseigene Immobilienanstalt Bima Gebäude für Flüchtlinge bereitstellt, die sonst vermietet werden könnten. Sollte der Bund zudem, wie von den Ländern gefordert, einen Teil der Kosten für die Erstaufnahme der Flüchtlinge übernehmen, stünden weitere Milliardenausgaben bevor. Damit das Geld sicher ankommt, würde Berlin den Kommunen die Hilfen am liebsten direkt überweisen, ohne Umweg über die Länderhaushalte. Dazu wäre eine Grundgesetzänderung nötig, für die Bundesinnenminister Thomas de Maizière schon Sympathie gezeigt hat. Doch ohne

Minister de Maizière, Schäuble
„Wir brauchen dann Haushaltsdisziplin“

Zustimmung der Länder liefe hier nichts, und der erste Finanzminister kündigt schon Widerstand an: „Das wäre eine Grundgesetzänderung nach Gutsherrenart“, sagt NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD), „eine Missachtung des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik.“ Der Bund wolle „die Legende weiterstricken“, dass die Länder das Geld teilweise für sich behielten. Er sehe

lichkeit, den Kreislauf von Einreise und Abschiebung zu durchbrechen, der für die Menschen unterm Strich auch ein Verlustgeschäft ist. Viele verkaufen zu Hause alles, kommen hierher und stellen dann erst fest, dass sie keine Chance auf Anerkennung haben.

SPIEGEL: Wie wollen Sie sicherstellen, dass diese Zuwanderer auch einen Job finden?

Nahles: Die Bundesagentur für Arbeit muss jeweils zustimmen – und es muss ein konkreter Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu ortsüblichen Löhnen vorhanden sein. Das ist wichtig, denn ich habe keine Lust, dass hier ein sogenannter Arbeiterstrich entsteht, auf dem Menschen ohne Rechte ausgebeutet werden.

SPIEGEL: 20 000 Arbeitserlaubnisse sind ein Tropfen auf den heißen Stein. In der ersten Jahreshälfte haben fast 100 000 Menschen aus dem Westbalkan Asylanträge gestellt.

Nahles: Es geht um 20 000 Beschäftigte pro Jahr. Da sind die Familienmitglieder nicht eingerechnet, die oft nachziehen. Wenn man diese Menschen mitzählt, wären das bei dieser Kontingentlösung deutlich mehr Menschen, die aus dem Westbalkan zu uns kommen könnten.

SPIEGEL: Am Sonntag tagt der Koalitionsausschuss. Bundesinnenminister Thomas de Maizière will Leistungen für Asylbewerber künftig teilweise nicht mehr in bar, sondern per Gutschein auszahlen. Muss er mit Widerspruch der SPD rechnen?

Nahles: Das ist derzeit nicht die dringendste Frage. In einer zentralen Aufnahmeeinrichtung, wo Flüchtlinge in den ersten Monaten versorgt werden, kann ich mir das vielleicht noch vorstellen. Aber sobald sie in die Kommunen ziehen, ist das weder umsetzbar noch akzeptabel. Es ist eine Frage der Würde, dass diese Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Außerdem gibt es im Detail immer große Probleme: Man bekommt ein Lunchpaket, ist aber gegen Äpfel allergisch. Was dann?

SPIEGEL: Kaum ein Thema bewegt die Menschen derzeit so sehr wie die Flüchtlingsfrage. Das gilt auch für die Politik. Hat Ihr Parteivorsitzender Sigmar Gabriel dabei bislang eine überzeugende Rolle gespielt?

Nahles: Ja, die Regierung insgesamt hat bisher gute Arbeit geleistet. Wir sollten gemeinsam vor allem eine Botschaft ausstrahlen: Wir schaffen das! Das gelingt uns nur, wenn wir nicht darauf schauen, welcher Minister vielleicht schneller reagiert hat als der andere. Die Bürger haben eine Regierung verdient, die jetzt nicht anfängt, einen vorgezogenen Wahlkampf zu führen.

Interview: Markus Dettmer, Cornelia Schmergal

Lesen Sie weiter zum Thema

Seite 44: Die Hintergründe des Brandanschlags im niedersächsischen Salzhemmendorf

Seite 52: Der Streit um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber

Seite 58: SPIEGEL-Redakteur Juan Moreno über die Deutschen und ihre Zuwanderer

nicht ein, so Walter-Borjans, dass Länder und Kommunen die Folgen internationaler Krisen wie in Syrien zu tragen hätten, während sich „der Bund seiner schwarzen Null im Haushalt rühmt“.

Damit ist das Problem benannt, das in der Koalition bald zu Konflikten führen könnte: Die Flüchtlingskrise gefährdet den Sparkurs von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Er will auch 2016 einen ausgeglichenen Haushalt halten. Zwar sei die schwarze Null nicht gefährdet, beteuert die Bundesregierung. Doch im CDU-Präsidium stellte Schäuble klar: Alle müssten wissen, „dass wir dann Haushaltsdisziplin brauchen“.

Was Schäuble darunter versteht, zeigte sich diese Woche. Der Ressortchef will das Geld, das nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Betreuungsgeld frei wird, teils für die anschwellenden Hartz-IV-Kosten verwenden. Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) will die Mittel aber in Kitas stecken. Noch schwimmt Schäuble zwar im Geld. Bis Jahresende rechnet er mit einem Überschuss von 5,7 Milliarden Euro. Eigentlich müsste er damit Schulden tilgen, so schreibt es die Bundeshaushaltsordnung vor. Doch Schäuble trifft schon Vorkehrungen für den Fall, dass die Kosten der Flüchtlingskrise demnächst noch stärker steigen. Der Überschuss soll dann als Puffer dienen.

Um die Gelder für 2016 nutzbar zu machen, will Schäuble sie in einen neuen Fonds einstellen oder eine Rücklage bilden. Dafür ist ein Nachtragshaushalt nötig. Diese Pläne deutete er bei der Haushaltsklausur der Fraktionen von Union und SPD Anfang der Woche an. Der Plan hat Folgen: Der Bund könnte Ende 2015 anders als vorgesehen seinen Schuldenberg nicht weiter abbauen. Damit wäre der Spielraum für Steuersenkungen dahin, heißt es im Ministerium.

Mit anderen Worten: Die Pläne der Union, die kalte Progression zu beseitigen und den Solidaritätszuschlag zu senken, rücken in weite Ferne.

Melanie Amann, Ralf Neukirch, Christian Reiermann

SPIEGEL TV

DIE GROSSE SAMSTAGS-DOKUMENTATION

SAMSTAG, 5. 9., 20.15 – 0.45 UHR | VOX

Wiesn XXL – Wie funktioniert das größte Volksfest der Welt?

Theresienwiese in München

Bier, Brezn und Bussi-Bussi: Am 19. September beginnt das Oktoberfest. SPIEGEL TV über das alljährliche Spektakel.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 6. 9., 22.40 – 23.25 UHR | RTL

Europas Versagen – Syrische Flüchtlingswelle erreicht Bayern;
Die Schlepper – Das Geschäft mit dem Menschenschmuggel;
Emanzipation auf zwei Rädern – Ein Fahrradkurs für Migrantinnen.

37 GRAD

DIENSTAG, 8. 9., 22.15 – 22.45 UHR | ZDF

Barbaras letzte Reise

Heilung aussichtslos – wie verändert sich das Leben mit dieser Diagnose? Barbara leidet an einer schweren Erbkrankheit, muss sich mit dem Tod auseinandersetzen. Eine Stiftung ermöglicht der 41-Jährigen die Erfüllung ihres letzten Wunsches: eine Reise nach Schottland – gemeinsam mit ihren zwei Söhnen.

SPIEGEL GESCHICHTE

FREITAG, 11. 9., 21.15 – 22.00 UHR | SKY

Vom Adler zum ICE – 180 Jahre Eisenbahn in Deutschland, Teil 1

Am 7. Dezember 1835 wurde zwischen Nürnberg und Fürth die erste deutsche Bahnstrecke eröffnet. Immer leistungsfähigere Dampflokomotiven und ein wachsendes Streckennetz führten schon bald zum Siegeszug des neuen Verkehrsmittels.